



Medienmitteilung

Septembersession im Berner Grossrat

Die BDP Kanton Bern steht hinter der humanitären Tradition der Schweiz

In der Schweiz gibt es kein Asylchaos! Auch wenn versucht wird dies gebetsmühlenartig herbeizureden. Die BDP steht ohne Wenn und Aber hinter der humanitären Tradition der Schweiz und zum Verfassungsgrundsatz, dass die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist. Das gilt auch für Asylbewerber.

Ohne die Herausforderung klein zu reden:

Gemäss offiziellen Szenarien ist in dieser ausserordentlichen Lage mit einer „Personenflut“ zu rechnen, die in etwa der Anzahl der Besucherplätze im Stade de Suisse entspricht.

Nicht wenige Menschen suchen Zuflucht in der Schweiz, weil sie zu Hause an Leib und Leben bedroht sind oder weil sie schlichtweg keine Perspektive mehr sehen. Diese Menschen wollen am Wohlstand in der Schweiz partizipieren, können aber auch einen Beitrag zu diesem Wohlstand leisten. Die Schweiz charakterisiert sich seit langer Zeit durch eine bewährte humanitäre Tradition, welche anderen Menschen Gastfreundschaft anbietet, solange sie zu Hause bedroht sind und solange sie sich an die Spielregeln in der Schweiz halten. Die BDP steht hinter dieser humanitären Tradition der Schweiz und will Sorge zu ihr tragen.

Damit das Asylwesen in der Schweiz bei der eigenen Bevölkerung eine hohe Akzeptanz behalten kann, muss es glaubwürdig und in mehrerer Hinsicht auch restriktiv sein.

Auf Bundesebene ist der Status der „vorläufigen Aufnahme“ zu überprüfen. Grundsätzlich ist es richtig, dass Schutzsuchende auch bei einem abgelehnten Asylgesuch „vorläufig“ in der Schweiz bleiben dürfen, solange sie zu Hause an Leib und Leben bedroht sind. Es ist aber zweifellos nicht im Sinne der „vorläufigen Aufnahme“, dass dieser Zustand über zehn Jahre und mehr dauert. Dieser Tatsache muss bei einer der nächsten Revisionen des Asylgesetzes Rechnung getragen werden.

Diese Haltung wird die BDP-Grossratsfraktion in der kommenden Septembersession ebenfalls einstimmig vertreten und wird zum Beispiel dem Verpflichtungskredit für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden zustimmen. Ebenso sollen schnelle und unorthodoxe Entscheidungen im Asylwesen gefällt und umgesetzt werden können. Dazu dient auch die Umnutzung des Zieglerspielfeldes in eine neue Asylunterkunft.

Auskunft:

Anita Luginbühl, Fraktionspräsidentin
078 756 02 52

Bern, 4. September 2015